

60. KDV-Novelle (BGBl. Teil II Nr. 290/2014)

Erläuterungen und Verordnungstext

(zum internen Gebrauch unserer Mitgliedsfirmen)

Wien, November 2014



INHALTSVERZEICHNIS

Teil 1: ⇒ Erläuterungen

(verfasst von Dr. Wilhelm Kast, BMVIT)

Teil 2: ⇒ Verordnungstext

(BGBl. Teil II Nr. 290/2014)

**Teil 1:
Erläuterungen zur 60. KDV-Novelle**

verfasst von Dr. Wilhelm Kast/BMVIT

Die Erläuterungen geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und können daher von der offiziellen Meinung des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie abweichen.

60. KDV - Novelle

(BGBl. II Nr. 290/2014)

Allgemeines:

1. Der Entwurf der 60. KDV-Novelle enthält im wesentlichen folgende **Schwerpunkte**:

-- Anpassungen der Fahrzeug-Bauvorschriften an aktuelle **EU-Rechtsakte**.

-- Die Inhalte für das **Informationsschreiben im Sinne der Richtlinie 2011/82/EU** (§ 84 KFG), das auch gleich die Funktion einer Anonymverfügung und einer Lenkererhebung hat, werden in der Anlage 7 festgelegt.

-- **Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge sowie Fahrzeuge des öffentlichen Sicherheitsdienstes mit einer zulässigen Gesamtmasse bis 5.500 kg** werden hinsichtlich der zulässigen **Geschwindigkeit** den Fahrzeugen bis 3.500 kg gleichgestellt und für diese gelten dann 100/130 km/h anstelle von 70 bzw. 80 km/h auf Autobahnen.

-- Die Formel für die Berechnung der **Risikoeinstufung** von Unternehmen (§ 103c KFG) wird in § 60a beschrieben.

-- Daneben erfolgen einige Klarstellungen und redaktionelle Anpassungen.

2. Folgende Richtlinien werden umgesetzt:

2009/76/EG, 2012/46/EU, 2013/8/EU, 2013/60/EU, 2014/37/EU, 2014/53/EU und 2014/44/EU.

3. Die 60. KDV-Novelle wurde am 17. November 2014 im BGBl. II, Nr. 290 kundgemacht. Fast alle Änderungen sind mit Ablauf des Tages der Kundmachung, somit am 18. November 2014 in Kraft getreten.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

1. § 1 – Massen und Abmessungen von Fahrzeugen; Neufassung

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit Ablauf des Tages der Kundmachung, somit am 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 1:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBl. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;

Bemerkungen:

Die bisher in § 1 genannte Richtlinie 97/27/EG über die Massen und Abmessungen bestimmter Klassen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern wurde durch die Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 661/2009 hinsichtlich der Anforderungen an die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern bezüglich ihrer Massen und Abmessungen ersetzt. Das wird nunmehr in § 1 Abs. 1 berücksichtigt.

Weiters wurden die bisherigen Bestimmungen des § 1 und des § 1i zusammengeführt und die Regelungen betreffend Festsetzung und Überprüfung der Massen und Abmessungen von Fahrzeugen sowie die dabei nicht zu berücksichtigenden Teile in einen neuen § 1 zusammengefasst. Der bisherige § 1i kann daher entfallen.

2. § 1b Abs. 1 - redaktionelle Anpassung:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

In der bisherigen Formulierung wurde die besondere Berechnungsformel für die Ermittlung des höchsten zulässigen Gesamtgewichtes eines Sattelkraftfahrzeuges nicht berücksichtigt. Es wurden die höchsten zulässigen Gesamtgewichte von Sattelzugfahrzeug und Sattelanhänger zusammengezählt und die höhere der höchsten zulässigen Sattellasten nicht abgezogen. Nunmehr soll die übliche Berechnungsformel auch hier berücksichtigt werden.

3. § 1b Abs. 2 – Bestimmung der Motorleistung; Anpassung an aktuellen EU-

Rechtsakt:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 1:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBl. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;

Bemerkungen:

Anpassung an aktuellen EU-Rechtsakt. Die Richtlinie 80/1269 wird mit 31. Dezember 2013 aufgehoben. Daher wird hier nunmehr die Verordnung (EG) Nr. 595/2009 genannt.

4. § 1c Abs. 2 – Berücksichtigung der neuen ECE-Regelung Nr. 129 betreffend

Rückhalteeinrichtungen für Kinder:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Wie auch in der Durchführungsrichtlinie 2014/37/EU der Kommission vorgesehen, sollen auch Kindersitze verwendet werden dürfen, die der neuen ECE-Regelung Nr. 129 entsprechen.

5. § 1c Abs. 2a – Berücksichtigung der Anleitung des Herstellers der

Kinderrückhalteeinrichtung:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

In Umsetzung der Durchführungsrichtlinie 2014/37/EU wird geregelt, dass die Rückhalteeinrichtung für Kinder entsprechend der Anleitung des Herstellers der Kinderrückhalteeinrichtung einzubauen ist und dass aus dieser Anleitung auch hervorgehen muss, auf welche Art und Weise und in welchem Fahrzeugtyp das System sicher verwendet werden kann.

6. § 1i - Entfall:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Siehe oben zu Z 1. Da das nunmehr in § 1 geregelt ist, kann § 1i nunmehr entfallen.

7. § 1k Einleitungsteil und Z 1 und 2 und

8. § 1k vorletzter Satz – aktuelle Richtlinie:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 1:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBl. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;

Bemerkungen:

Es wird die aktuelle Betriebserlaubnis-Richtlinie 2007/46/EG berücksichtigt.

In Artikel 2 Z 5 der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 wird die tatsächliche Fahrzeugmasse definiert. Diese entspricht der tatsächlichen Masse des Fahrzeugs wesentlich genauer, da hier die Masse der Zusatzausrüstung wie z.B. Schiebedach berücksichtigt wird. Diese wird zukünftig im Punkt 13.2 im COC-Papier angegeben.

9. § 4 Abs. 7 – Schneeketten und Gleitschutzeinrichtungen, aktuelle ÖNORM:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Übernahme der aktuellen ÖNORM EN 16662 betreffend Schneeketten und Gleitschutzeinrichtungen.

10. § 10 Abs. 8 - Richtlinienumsetzung:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 1:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBl. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;

Bemerkungen:

Es wird die aktuelle Richtlinie 2013/60/EU zur Änderung der Richtlinie 2009/76/EG über den Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen an zweirädrigen oder dreirädrigen Kraftfahrzeugen zwecks Anpassung an den technischen Fortschritt berücksichtigt.

In den **Erwägungsgründen** zur Richtlinie 2013/60/EU wird dazu Folgendes ausgeführt:

„Um zum einen die Vereinbarkeit mit den Anforderungen der UN-Wirtschaftskommission für Europa im Hinblick auf den Anbau von Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen bei Fahrzeugen der Klasse L zu wahren und zum anderen die Sichtbarkeit dieser Fahrzeuge zu verbessern, sollten neue Typen dieser Fahrzeuge mit Beleuchtungseinrichtungen ausgerüstet sein, die sich nach den UN/ECE-Regelungen Nrn. 74 (Klasse L1e) und 53 (Krafträder der Klasse L3e) automatisch einschalten; alternativ können die Fahrzeuge mit speziellen Tagfahrleuchten nach den entsprechenden Vorschriften der UN/ECE-Regelung Nr. 87 ausgestattet sein. Alle sonstigen Unterkategorien von Fahrzeugen der Klasse L sind mit einer Vorrichtung zum automatischen Einschalten des Abblendlichts oder — nach Ermessen des Herstellers — mit speziellen automatisch einschaltenden Tagfahrleuchten auszurüsten.“

In der nächsten KFG-Novelle wird die Verwendung von Tagfahrlicht anstelle von Abblendlicht bei einspurigen Krafträdern in § 99 Abs. 5 KFG für zulässig erklärt.

11. § 19b Abs. 6 - Richtlinienumsetzung:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 1:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBl. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;

Bemerkungen:

Hier wird die Richtlinie 2009/76/EG über den Geräuschpegel in Ohrenhöhe der Fahrer von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern umgesetzt.

Dabei handelt es sich lediglich um eine Neukodifizierung der Richtlinie 77/311/EWG samt ihren Änderungen.

12. § 28 und

38. Anlage 7 – Informationsschreiben gemäß § 84 KFG:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Das Informationsschreiben gemäß § 84 KFG an den ausländischen Zulassungsbesitzer soll neben seiner Funktion als Informationsschreiben im Sinne der Richtlinie 2011/82/EU auch gleich die Funktion einer Anonymverfügung und einer Lenkererhebung haben und soll einheitlich gestaltet werden. Das nunmehr in der Anlage 7 vorgeschlagene Muster wurde von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von Ministerien, Ländern und Behörden entwickelt.

13. § 52 Abs. 10 Z 4 - Richtlinienumsetzung:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 1:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBl. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;

Bemerkungen:

Es wird die Richtlinie 2013/8/EU zur Anpassung der technischen Vorschriften der Richtlinie 2009/144/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Bauteile und Merkmale von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern als aktuellste Änderung der Richtlinie 2009/144/EG umgesetzt.

In den Erwägungsgründen zur Richtlinie 2013/8/EU wird dazu Folgendes ausgeführt:

„(1) Anhang IV der Richtlinie 2009/144/EG des Europäischen Parlaments und des Rates enthält allgemeine Bestimmungen und Anforderungen für mechanische Verbindungen zwischen Zugmaschine und gezogenem Fahrzeug sowie für die vertikale Stützlast am Kupplungspunkt.

(2) In den letzten Jahren sind in der Union neue Arten von Verbindungen in Betrieb genommen worden, die derzeit einzelstaatliche Zulassungen nach ISO-Normen erhalten. Dabei handelt es sich um Anhängerkupplungen mit nicht drehbarem Fangmaul (ISO 6489-5:2011), Zugkugelnkupplungen (ISO 24347:2005) und Zugzapfenkupplungen (ISO 6489-4:2004).

(3) Um der gegenwärtigen Marktlage Rechnung zu tragen, mögliche Auswirkungen auf Sicherheit und Wirtschaft auf ein Minimum zu beschränken und um eine EG-Typgenehmigung dieser Verbindungen zu ermöglichen, müssen die genannten Verbindungen und die einschlägigen ISO-Normen in die Richtlinie 2009/144/EG aufgenommen werden.“

14. § 58 Abs. 1 Z 1 lit. a – Ausnahme von der Geschwindigkeitsregelung für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge sowie Fahrzeuge des öffentlichen Sicherheitsdienstes mit einer zulässigen Gesamtmasse bis 5 500 kg:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge sowie Fahrzeuge des öffentlichen Sicherheitsdienstes mit einer zulässigen Gesamtmasse bis 5 500 kg werden hinsichtlich der zulässigen Geschwindigkeit den Fahrzeugen bis 3 500 kg gleichgestellt und für diese gelten dann 100/130 km/h anstelle von 70 bzw. 80 km/h auf Autobahnen. Aufgrund der speziellen Einrichtungen und der erforderlichen Ausrüstung weisen Fahrzeuge des Rettungsdienstes und der Feuerwehren sowie des öffentlichen Sicherheitsdienstes häufig ein höchstes zulässiges Gesamtgewicht von mehr als 3 500 kg auf. Gemäß der bisherigen Regelung des § 58 Abs. 1 Z 1 lit. a KDV waren solche Fahrzeuge (höchstes zulässiges Gesamtgewicht mehr als 3 500 kg) schweren LKW gleichgestellt und es durfte eine Geschwindigkeit von 70 km/h bzw. 80 km/h auf Autobahnen und Autostraßen nicht überschritten werden. Nunmehr sollen solche Fahrzeuge bis zu einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 5 500 kg aus § 58 Abs. 1 Z 1 lit. a KDV ausgenommen werden und es sollen dadurch die gleichen Geschwindigkeiten wie für Fahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 3 500 kg zulässig sein (100 km/h bzw. 130 km/h auf Autobahnen und Autostraßen).

Bei diesen Fahrzeugen handelt es sich idR um Fahrzeuge der Klasse M1, die auch als Einsatzfahrzeuge verwendet werden und im Einsatzfall an keine Geschwindigkeitsbeschränkungen gebunden sind.

15. § 58 Abs. 1 Z 2 lit. f – Entfall der Gewichtsrelation:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Redaktionelle Anpassung im Hinblick auf den Berechtigungsumfang der Klasse B.

In § 58 Abs. 1 Z 2 lit. f fand sich noch das ehemalige Gewichtsverhältnis der Lenkberechtigungsklasse B für den schweren Anhänger (dessen höchstes zulässiges Gesamtgewicht das Eigengewicht des Zugfahrzeuges nicht übersteigt). Diese Gewichtsrelation ist aber im Berechtigungsumfang der Lenkberechtigung der Klasse B gemäß § 2 Abs. 2 Z 2 FSG nach Umsetzung der 3. Führerscheinrichtlinie nicht mehr relevant.

Daher soll diese Gewichtsrelation zwischen Zugfahrzeug und Anhänger (dessen höchstes zulässiges Gesamtgewicht das Eigengewicht des Zugfahrzeuges nicht übersteigt) auch hier entfallen.

Die bisherige Grenze von 3 500 kg für die Summe der höchsten zulässigen Gesamtgewichte von Zugfahrzeug und Anhänger (Umfang Lenkberechtigung Klasse B) bleibt aufrecht.

16. § 60a – Berechnung der Risikoeinstufung:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Auf Basis der Verordnungsermächtigung des § 103c Abs. 4 KFG wird die Formel für die Berechnung der Risikoeinstufung festgelegt. Dabei wird die von der Europäischen Kommission empfohlene Formel verwendet.

Für die Berechnung der Risikoeinstufung werden die Verstöße gegen die Verordnungen (EG) Nr. 561/2006 und (EWG) Nr. 3821/85 oder gegen das AETR der letzten drei Jahre berücksichtigt. Die Verstöße werden nach Maßgabe des § 134 Abs. 1b KFG (Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG) nach ihrer Schwere gewichtet. Sehr schwere Verstöße werden mit dem Faktor 40, schwere Verstöße mit dem Faktor 10 und leichte Verstöße mit dem Faktor 1 gewichtet. Zusätzlich werden die Verstöße im letzten Jahr mit Faktor 3, im vorletzten Jahr mit Faktor 2 und im vorvorletzten Jahr mit Faktor 1 gewichtet. Die sich daraus ergebende Summe wird durch die Anzahl der

Kontrollen in den einzelnen Jahren dividiert. Das Ergebnis bildet den Wert für die Risikoeinstufung.

Die 30% der Unternehmen mit der niedrigsten Risikobewertung werden als "niedrig Risiko Unternehmen" eingestuft und jene mit mehr als 80 % als "hoch Risiko Unternehmen". Daraus folgt, dass für jene 20% die als "Hoch Risiko Unternehmen" eingestuft sind verstärkte Kontrollaktivitäten erforderlich werden.

17. § 64b Abs. 7b – Fahr(schul)lehrer der Klasse BE für Code 96:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 1. Dezember 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Bei der Qualifikation der Fahrlehrer bzw. Fahrschullehrer, die für die Ausbildung zur Erlangung des Codes 96 eingesetzt werden, hat man neben der Fahrlehrerberechtigung BE seinerzeit auch die Fahrlehrerberechtigung B samt Besitz von Code 96 und die Absolvierung eines Lehrplanseminars als ausreichend angesehen.

Das hat aber zu einigen Unklarheiten und Unsicherheiten geführt.

Daher soll diese Alternative aufgegeben werden und es sollen in Zukunft nur mehr Fahrlehrer der Klasse BE für diese Ausbildung herangezogen werden.

18. § 64e Abs. 4 – redaktionelle Anpassung:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

In der geltenden Fassung des § 64e Abs. 4 sind auch die Klassen C1, D1, C1E und D1E genannt. Da es aber keine eigenständigen Fahrlehrerberechtigungen für diese Klassen gibt, erübrigt sich auch ein eigenes Lehrplanseminar für diese Klassen dafür.

Die Nennung der Klassen C1, D1, C1E und D1E kann hier daher entfallen.

19. § 69 Abs. 26 Z 9 - Entfall:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Entfall der bisherigen Übergangsregelung für die Verwendung der Bezeichnung „BG“ im Kennzeichen.

20. § 69 Abs. 32 - Übergangsbestimmungen:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Bemerkungen:

Hier werden die erforderlichen Übergangsbestimmungen für einige der neuen Bestimmungen der 60. KDV-Novelle festgelegt. Inhaltlich werden die Übergangsbestimmungen bei den jeweils zutreffenden Punkten berücksichtigt.

21. § 70 Abs. 16 - Inkrafttreten:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Bemerkungen:

Hier wird das Inkrafttreten festgelegt.

Die genauen Inkrafttretenstermine werden bei den jeweils zutreffenden Punkten berücksichtigt.

22. Anlage 1, Tabelle III – aktuelle Richtlinie:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 1:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBl. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;

Bemerkungen:

Es wird die Richtlinie 2012/46/EU der Kommission vom 6. Dezember 2012 zur Änderung der Richtlinie 97/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte umgesetzt (sofern es sich um zugelassene selbstfahrende Arbeitsmaschinen handelt).

In den Erwägungsgründen zur Richtlinie 2012/46/EU wird dazu Folgendes ausgeführt:

„(1) Durch die Richtlinie 2004/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Änderung der Richtlinie 97/68/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der

Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte wurden die neuen Emissionsstufen IIIA, IIIB und IV in die Richtlinie 97/68/EG eingeführt, um die Umwelt und die menschliche Gesundheit besser zu schützen. Die Prüfverfahren sind entsprechend geändert worden, zuerst durch die Richtlinie 2004/26/EG und später durch die Richtlinie 2010/26/EU der Kommission vom 31. März 2010 zur Änderung der Richtlinie 97/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte.

(2) Die Grenzwerte der Stufe IV werden ab dem 1. Januar 2013 für die Erteilung der Typgenehmigung für Motoren der Kategorie Q und ab dem 1. Oktober 2013 für die Erteilung der Typgenehmigung für Motoren der Kategorie R verbindlich. Ausgehend von den Erfahrungen, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 und der Richtlinie 2007/46/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinien 80/1269/EWG, 2005/55/EG und 2005/78/EG mit Motoren der Kategorien Euro V und VI für schwere Nutzfahrzeuge gemacht wurden, hat sich gezeigt, dass es Lücken bei den Prüfanforderungen für Motoren der Stufe IV gibt. Damit die Typgenehmigung der Stufe IV von Motoren der Kategorien Q und R unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts möglich wird und damit die weltweite Harmonisierung vorangebracht werden kann, müssen einige Bestimmungen der Richtlinie 97/68/EG überarbeitet und ergänzt werden. Dies ist auch erforderlich, um den Ermessensspielraum bei der Auslegung der Prüfergebnisse und die Fehler bei der Beurteilung von Emissionen von Motoren zu verringern.

(3) Mit der Richtlinie 2010/26/EU wurden Bestimmungen zur Begrenzung der NO_x - Emissionen eingeführt, um dafür zu sorgen, dass die leistungsfähigen Abgasnachbehandlungseinrichtungen, die für die Einhaltung der neuen Emissionsgrenzwerte für Motoren der Stufen IIIB und IV erforderlich sind, ordnungsgemäß funktionieren. Insbesondere damit das Bedienpersonal die Einhaltung von Emissionsgrenzwerten nicht umgehen kann, ist es angezeigt, die Bestimmungen zur Begrenzung der NO_x - Emissionen durch die Einführung eines Warnsystems für das Bedienpersonal zu ergänzen, das auf den entsprechenden Bestimmungen der

Verordnung (EG) Nr. 595/2009 für schwere Nutzfahrzeuge (Euro VI) beruht und mit einem zweistufigen Aufforderungssystem kombiniert wird, das die Leistung der Ausrüstung erheblich einschränkt und somit die Einhaltung der Grenzwerte erzwingt.

(4) Angesichts der Einführung elektronisch gesteuerter Motoren ist es erforderlich, das Prüfverfahren so anzupassen, dass Motorprüfungen die realen Verwendungsbedingungen besser widerspiegeln, um so der Umgehung von Emissionsgrenzwertanforderungen (sogenanntes „cycle beating“) noch wirksamer vorzubeugen. Deshalb sollte bei der Typgenehmigung die Einhaltung der Grenzwerte in einem Betriebsbereich des geprüften Motors nachgewiesen werden, der entsprechend der Norm ISO 8178 ausgewählt wurde. Außerdem müssen die Motorbetriebsbedingungen für die Durchführung dieser Prüfungen angegeben und die Berechnungsmethoden für bestimmte Emissionen geändert werden, damit sie den Anforderungen an schwere Nutzfahrzeuge (Euro VI) entsprechen und mit den Bestimmungen der wichtigsten Handelspartner der Union in Einklang gebracht werden können.

(5) Gemäß der Richtlinie 97/68/EG muss der Hersteller die Emissionen des Motors unter bestimmten hinsichtlich der Höhenlage, des Drucks und der Temperatur kontrollierten Umgebungsbedingungen angeben. Um die realen Verwendungsbedingungen von Motoren besser widerzuspiegeln, ist es angebracht, die Kriterien hinsichtlich Temperatur/Luftdruck und Höhe zu erweitern, indem die Bestimmungen stärker an die Anforderungen an Motoren für schwere Nutzfahrzeuge (Euro VI) angepasst werden.

(6) Auch die Dauerhaltbarkeitsanforderungen sollten überarbeitet werden, um die Wirksamkeit der Emissionsminderung bei bereits in Betrieb genommenen Motoren zu gewährleisten. Aufgrund der technischen Änderungen im Zusammenhang mit Motoren der Stufe IV und deren jeweiligem Abgasnachbehandlungssystem sind die Dauerhaltbarkeitsanforderungen der Richtlinie 97/68/EG für diese Motoren nicht ausreichend; daher sollten Bestimmungen in die Richtlinie 97/68/EG aufgenommen werden, die auf denen der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 hinsichtlich der Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen (Euro VI) aufbauen.

(7) Auf Ebene der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE) ist ein weltweit harmonisiertes Prüfverfahren für Motoren der Stufe IV angenommen worden (UN/ECE-Regelung Nr. 96, Änderungsserie 03). Es sollte dafür gesorgt werden, dass dieses Verfahren auch für die Prüfung solcher Motoren in der Union gilt.

(8) Gemäß der Richtlinie 97/68/EG sind Genehmigungen, die nach anderen Rechtsvorschriften der Union oder der UN/ ECE ausgestellt wurden, gleichwertig mit Typgenehmigungen nach der Richtlinie 97/68/EG. Die Verweise auf als gleichwertig betrachtete Rechtsakte sollten an die jeweils geltenden Fassungen angepasst werden. Hinsichtlich Motoren für schwere Nutzfahrzeuge (Euro VI) muss festgelegt werden, dass eine Äquivalenz nur dann erreicht werden kann, wenn bestimmte zusätzliche Vorschriften für Aufforderungen eingehalten werden.

(9) Die Berichterstattung über die Kohlendioxidemissionen (CO₂-Emissionen) liefert zusätzliche Angaben zum Motorenverhalten. Die Berichterstattung über die CO₂-Emissionen während der Motorprüfzyklen ist Teil der Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 595/2009 für schwere Nutzfahrzeuge (Euro VI und 40 CFR Greenhouse Gas Emissions Standards der US-amerikanischen Environmental Protection Agency (EPA)). Deshalb ist es angebracht, solche Bestimmungen auch in die Richtlinie 97/68/EG aufzunehmen.

(10) Die Richtlinie 97/68/EG enthält keine spezifischen Anforderungen bezüglich der Kurbelgehäuseemissionen, bei denen es sich um sekundäre Emissionen aus dem Motor handelt. Um Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden muss festgelegt werden, wie Kurbelgehäuseemissionen bei der Entscheidung, ob die Emissionsprüfung bestanden wurde oder nicht, berücksichtigt werden. Diese Bestimmungen sollten mit den Bestimmungen für schwere Nutzfahrzeuge (Euro VI) und den US-Vorschriften der Stufe 4 („Tier 4“, EPA 40CFR part 1039) in Einklang gebracht werden.

(11) Gemäß der Richtlinie 97/68/EG sind Motoren in verschiedene Kategorien je nach Nettoleistung des Motors einzuordnen, wonach sich die Emissionsgrenzwerte richten. Bei neuen, elektronisch gesteuerten Motoren könnte die höchste Motorleistung von der Nennleistung des Motors abweichen. Um sicherzustellen, dass die Emissionsgrenzwerte eingehalten werden, sollte als Motorleistung die höchste Motorleistung verstanden werden.

(12) Die Beschreibungsbögen in der Richtlinie 97/68/EG sollten so aktualisiert werden, dass sie den technischen Fortschritt und die vorgenommenen Änderungen widerspiegeln. Durch die neuen Unterlagen sollte eine vollständige Berichterstattung möglich werden.“

23. Anlage 3e, Tabelle Teil A - Anpassung an aktuelle EU-Rechtsakte:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Mit der Verordnung (EU) Nr. 1229/2012, ABl. L 353 vom 21.12.2012, S 1 wurde der Anhang IV Teil I der Richtlinie 2007/46/EG zur Gänze neu erlassen. Aus diesem Grund wird auch der Teil A der Anlage 3e zur Gänze neu gefasst.

Die Liste für Teil A ist so aufgebaut wie Anhang IV der Rahmenrichtlinie nach der VO 1229/2012. Der Mehrwert dieser Tabelle ist, dass der Anhang IV der Richtlinie 2007/46/EG mit Anhang IV der Allgemeinen Sicherheitsverordnung idF 407/2011 und 523/2012 zusammengeführt ist.

24. bis 30. Anlage 3e, Tabelle Teil B - aktuelle Richtlinien:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

In der Anlage 3e wird die Tabelle Teil B (Rechtsakte in Anhang I der Richtlinie 2002/24/EG) punktuell um aktuelle Richtlinien ergänzt.

31. bis 34. Anlage 3e, Tabelle Teil C – aktuelle Richtlinien:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

In der Anlage 3e wird die Tabelle Teil C (Rechtsakte in Anhang II Kapitel B Teil I der Richtlinie 2003/37/EG) punktuell um aktuelle Richtlinien ergänzt.

35. bis 37. Anlage 4 – Aktualisierung Datensatz:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: § 69 Abs. 32 Z 2:

2. für Fahrzeuge, deren EG-Übereinstimmungsbescheinigung die Daten gemäß der Anlage 4, Zeilen 14 bis 16, 34 und 262 bis 269 in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht der EU nicht enthalten, müssen diese Daten nicht in die Genehmigungsdatenbank eingegeben werden.

Bemerkungen:

Auch in der Anlage 4 werden die aktuellen EU-Rechtsakte berücksichtigt.

Zu den Zeilen 14 bis 16 und 262 bis 265:

Aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 143/2013 sind diese Angaben in die EG-Übereinstimmungsbescheinigung aufzunehmen. Anhang XII Punkte 5.7 und 5.8 der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 idF VO (EU) Nr. 143/2013 lauten:

„5.7. Bei Fahrzeugen, für die eine Einzelgenehmigung beantragt wird, sind im Einzelgenehmigungsbogen folgende Angaben zu machen:

- a) CO₂-Emissionen, gemessen unter Anwendung der Methodik gemäß Punkt 5.1 bis 5.4;
- b) Masse des vervollständigten Fahrzeugs in fahrbereitem Zustand;
- c) Kennzeichnungscode für Typ, Variante und Version des Basisfahrzeugs;
- d) Typgenehmigungsnummer des Basisfahrzeugs, einschließlich Erweiterungsnummer;
- e) Name und Adresse des Herstellers des Basisfahrzeugs;
- f) Masse des Basisfahrzeugs in fahrbereitem Zustand.

5.8. Das Verfahren gemäß Punkt 5.1 bis 5.7 gilt für Fahrzeuge der Klasse N 1, gemäß der Definition unter Punkt 1.2.1 von Teil A des Anhangs II der Richtlinie 2007/46/EG, im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007.“

Zu den Zeilen 266 bis 268:

Anpassung an die Verordnung (EU) Nr. 195/2013.

Zu den Zeilen 34 und 269:

Anpassung an die Verordnung (EU) Nr. 1230/2012.

38. Anlage 7 – Muster des Informationsschreibens:

Text: siehe beiliegendes Bundesgesetzblatt

Inkrafttreten: mit 18. November 2014

Übergangsbestimmung: ---

Bemerkungen:

Siehe oben zu Z 12. Die Anlage 7 enthält das Muster für das Informationsschreiben im Sinne der Richtlinie 2011/82/EU (§ 84 KFG).

Teil 2:
Verordnungstext
(BGBl. Teil II Nr. 290/2014)

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2014

Ausgegeben am 17. November 2014

Teil II

290. Verordnung: 60. Novelle zur KDV 1967
[CELEX-Nr.: 32009L0076, 32012L0046, 32013L0008, 32013L0060,
32014L0037, 32014L0043, 32014L0044]

290. Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967 geändert wird (60. Novelle zur KDV 1967)

Aufgrund des Kraftfahrgesetzes 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. I Nr. 26/2014, wird verordnet:

Die Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 471/2012, wird wie folgt geändert:

1. § 1 samt Überschrift lautet:

„Massen und Abmessungen von Fahrzeugen

§ 1. (1) Die Festsetzung und Überprüfung der Massen und Abmessungen von Fahrzeugen der Klassen M, N und O hat nach den Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012, ABl. Nr. L 353 vom 21.12.2012 S. 31 zu erfolgen.

(2) Die Festsetzung und Überprüfung der Massen und Abmessungen von Kraftfahrzeugen der Klassen L hat nach den Anhängen der Richtlinie 93/93/EWG, ABl. Nr. L 311 vom 14.12.1993, in der Fassung der Richtlinie 2004/86/EG, ABl. Nr. L 236 vom 07.07.2004, ab dem 1.1.2016 nach der Anlage 1 zum Anhang XI der Verordnung (EU) Nr. 44/2014, ABl. L 25 vom 28.01.2014 S 1, zu erfolgen.

(3) Bei der Anwendung der Bestimmungen über die im § 4 Abs. 6 Z 2 des Kraftfahrgesetzes 1967 festgesetzte zulässige Breite von Fahrzeugen haben bei der Überprüfung von im Verkehr verwendeten Fahrzeugen zusätzlich zu den aufgrund der in den Absätzen 1 und 2 sowie in § 52 Abs. 10 Z 3 angeführten Rechtsvorschriften genannten Vorrichtungen oder Ausrüstungsteilen, die für die Bestimmung der größten Abmessungen nicht maßgebend sind, außer Betracht zu bleiben:

1. seitliche Auswölbungen der Reifen im Bereich ihrer Berührungsflächen mit der Fahrbahn, Verbindungsleitungen zu Vorrichtungen, mit denen dem Lenker angezeigt werden kann, dass der Reifendruck absinkt sowie Reifenschadenanzeiger,
2. an den Rädern angebrachte Gleitschutzvorrichtungen,
3. Rückblickspiegel, die nach vorne und nach hinten unter mäßigem Druck so nachgeben können, dass sie dann nicht mehr über die höchste zulässige Breite von Fahrzeugen hinausragen, oder wenn deren Anbau an die Fahrzeuge der Klassen M und N den Bestimmungen der ECE-Regelung Nr. 46 entspricht,
4. Blinkleuchten, Begrenzungsleuchten, Parkleuchten,
5. aus elastischem Material bestehende Radabdeckungen, wenn sie nicht mehr als 5 cm über den äußersten Rand des Fahrzeuges hinausragen, oder vorstehende flexible Teile eines Spritzschutzsystems,
6. Befestigungs- und Schutzeinrichtungen für Zollplomben,
7. Einrichtungen zur Sicherung der Plane und Schutzvorrichtungen hiefür,
8. bei Fahrzeugen der Klassen M2 und M3 Ladebrücken in betriebsbereitem Zustand, Hubladebühnen und vergleichbare Einrichtungen in betriebsbereitem Zustand, sofern deren Abmessung 10 mm seitlich des Fahrzeuges nicht übersteigt und die nach vorn oder nach hinten liegenden Ecken

der Ladebrücken mit einem Radius von mindestens 5 mm abgerundet sind; die Kanten sind mit einem Radius von mindestens 2,5 mm abzurunden,

9. einziehbare Stufen,

10. Zurrmittel zur Ladungssicherung, die höchstens 50 mm vorragen dürfen; bis zu einer Höhe von höchstens 2,00 m über dem Boden müssen alle Teile der Zurrmittel, die mit einer Kugel von 100 mm Durchmesser berührt werden können, mit einem Radius von mindestens 2,5 mm abgerundet sein.“

2. § 1b Abs. 1 lautet:

„(1) Omnibusse, Lastkraftwagen, Sattelzugfahrzeuge und Spezialkraftwagen müssen eine Motorleistung von mindestens 5 kW für je 1 000 kg ihres höchsten zulässigen Gesamtgewichtes und des höchsten zulässigen Gesamtgewichtes der Anhänger, die mit ihnen gezogen werden dürfen, erreichen; bei Sattelzugfahrzeugen jedoch abzüglich der größeren der höchsten zulässigen Sattellasten der beiden Fahrzeuge, wenn diese gleich sind, einer der Sattellasten. Dies gilt jedoch nicht für Heeresfahrzeuge und Fahrzeuge mit einer Bauartgeschwindigkeit von nicht mehr als 30 km/h.“

3. § 1b Abs. 2 lautet:

„(2) Die Motorleistung von Fahrzeugen der Klassen M und N sind nach den Vorschriften der jeweils zutreffenden Verordnung (EG) Nr. 692/2008, ABl. Nr. L 199 vom 28.07.2008 S. 1 oder (EG) Nr. 595/2009, ABl. Nr. L 188 vom 18.07.2009 S. 1, zu bestimmen. Für Fahrzeuge, die oder deren Motoren den Bestimmungen der Richtlinien 97/68/EG oder 2000/25/EG unterliegen, ist die Motorleistung nach der Richtlinie 97/68/EG in der Fassung der Richtlinie 2012/46/EU zu bestimmen. Für Fahrzeuge der Klasse L ist die Motorleistung nach den Vorschriften der Richtlinie 95/1/EG, Anhang II, in der Fassung der Richtlinie 2006/27/EG, ABl. Nr. L 66 vom 08.03.2006 S 7 oder nach den Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 134/2014, ABl. Nr. L 53 vom 21.02.2014 S. 1, zu bestimmen.“

4. § 1c Abs. 2 erster Satz lautet:

„Rückhalteeinrichtungen für Kinder müssen der ECE-Regelung Nr. 44, BGBI. Nr. 267/1990, oder der ECE-Regelung Nr. 129 entsprechen.“

5. Nach § 1c Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Die Rückhalteeinrichtung für Kinder ist entsprechend der Anleitung des Herstellers der Kinderrückhalteeinrichtung (Handbuch, Broschüre oder elektronische Veröffentlichung) einzubauen, aus der hervorgeht, auf welche Art und Weise und in welchem Fahrzeugtyp das System sicher verwendet werden kann.“

6. § 1i entfällt.

7. In § 1k lauten der Einleitungsteil und die Z 1 und 2:

„Für Fahrzeuge, die den in den Betriebserlaubnis-Richtlinien 2007/46/EG, 2002/24/EG, oder 2003/37/EG definierten Klassen angehören und für die eine Richtlinie zur Ermittlung der Massen anwendbar ist, ist das Eigengewicht nach den folgenden Vorschriften festzusetzen:

1. für Fahrzeuge der Klassen M1, M2, M3, N1, N2 und N3: das Eigengewicht ist die Masse des Fahrzeugs in fahrbereitem Zustand gemäß Punkt 2.6 des Anhangs I der Richtlinie 2007/46/EG, abzüglich 75 kg;
2. für Fahrzeuge der Klassen O1, O2, O3 und O4: das Eigengewicht ist die Masse des Fahrzeugs in fahrbereitem Zustand gemäß Punkt 2.6 des Anhangs I der Richtlinie 2007/46/EG;“

8. § 1k vorletzter Satz lautet:

„Ist in der Übereinstimmungsbescheinigung des Fahrzeuges oder im Beschreibungsbogen für die betroffene Variante/Version oder Ausführung des Fahrzeuges ein Massebereich angegeben, ist jeweils der Höchstwert für die Festsetzung des Eigengewichtes heranzuziehen; ist in der Übereinstimmungsbescheinigung des Fahrzeugs die tatsächliche Fahrzeugmasse angegeben, ist für die Festsetzungen des Eigengewichtes die angegebene tatsächliche Fahrzeugmasse heranzuziehen.“

9. § 4 Abs. 7 lautet:

„(7) In den Geltungsbereich der ÖNORM V5117 September 2007 oder der ÖNORM V 5119 Mai 2008 fallende Schneeketten müssen diesen ÖNORMEN entsprechen, sofern es sich nicht um gleichwertige Produkte aus anderen EU-Mitgliedstaaten handelt. Schneeketten, die der ÖNORM V5117 September

2007 oder ÖNORM V 5119 Mai 2008 in einer früheren Fassung entsprechen, dürfen weiterhin feilgeboten werden. In den Geltungsbereich der ÖNORM EN 16662 fallende Schneeketten und Gleitschutzrichtungen müssen dieser Norm entsprechen, sofern es sich nicht um gleichwertige Produkte aus anderen EU-Mitgliedstaaten handelt.“

10. § 10 Abs. 8 lautet:

„(8) Der Anbau der Beleuchtungseinrichtungen bei Fahrzeugen der Klasse L muss den Bestimmungen der Richtlinie 2009/67/EG in der Fassung der Richtlinie 2013/60/EU entsprechen.“

11. § 19b Abs. 6 lautet:

„(6) Der in Ohrenhöhe der Lenker von landwirtschaftlichen Zugmaschinen messbare Geräuschpegel muss den Bestimmungen der Richtlinie 2009/76/EG, ABl. Nr. L 201 vom 01.08.2009 S. 18, entsprechen.“

12. Nach § 27a wird folgender § 28 samt Überschrift eingefügt:

„Informationsschreiben gemäß § 84 KFG 1967

§ 28. Das Informationsschreiben gemäß § 84 KFG 1967 ist nach dem Muster der Anlage 7 zu gestalten.“

13. § 52 Abs. 10 Z 4 lautet:

„4. Verbindungseinrichtungen den Bestimmungen der Richtlinie 2009/144/EG in der Fassung der Richtlinie 2013/8/EU,“

14. In § 58 Abs. 1 Z 1 lit. a wird nach dem Wort „Omnibusse“ eingefügt „und ausgenommen Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankentransportfahrzeuge und Fahrzeuge des öffentlichen Sicherheitsdienstes, jeweils mit einer zulässigen Gesamtmasse von nicht mehr als 5 500 kg“.

15. § 58 Abs. 1 Z 2 lit. f lautet:

„f) beim Ziehen eines anderen als leichten Anhängers, wenn die Summe der höchstzulässigen Gesamtgewichte beider Fahrzeuge 3 500 kg nicht übersteigt 80 km/h, auf Autobahnen und Autostraßen 100 km/h,“

16. Nach § 60 wird folgender § 60a samt Überschrift eingefügt:

„Berechnung der Risikoeinstufung (§ 103c KFG 1967)

§ 60a. (1) Für die Berechnung der Risikoeinstufung werden die Verstöße gegen die Verordnungen (EG) Nr. 561/2006 und (EWG) Nr. 3821/85 oder gegen das AETR der letzten drei Jahre berücksichtigt. Die Verstöße werden nach Maßgabe des § 134 Abs. 1b KFG (Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG) nach ihrer Schwere gewichtet. Sehr schwere Verstöße werden mit dem Faktor 40, schwere Verstöße mit dem Faktor 10 und leichte Verstöße mit dem Faktor 1 gewichtet. Zusätzlich werden die Verstöße im letzten Jahr mit Faktor 3, im vorletzten Jahr mit Faktor 2 und im vorvorletzten Jahr mit Faktor 1 gewichtet. Die sich daraus ergebende Summe wird durch die Anzahl der Kontrollen in den einzelnen Jahren dividiert. Das Ergebnis bildet den Wert für die Risikoeinstufung.

(2) Liegt der ermittelte Wert für die Risikoeinstufung eines Unternehmens im Bereich der unteren 30 % in Relation zu allen im Risikoeinstufungssystem erfassten Unternehmen, so liegt eine geringe Risikoeinstufung vor. Liegt der Wert für die Risikoeinstufung im Bereich der oberen 20 % in Relation zu allen im Risikoeinstufungssystem erfassten Unternehmen, so liegt eine hohe Risikoeinstufung vor.“

17. § 64b Abs. 7b dritter und vierter Satz lauten:

„Der theoretische Teil dieser Ausbildung darf nur von Fahrerschullehrern für die Klasse BE durchgeführt werden. Der praktische Teil dieser Ausbildung darf nur von Fahrlehrern für die Klasse BE durchgeführt werden.“

18. § 64e Abs. 4 lautet:

„(4) Lehrplanseminare für die Klassen C, D, CE, und DE haben jeweils drei Tage (24 Unterrichtseinheiten) zu umfassen. Dabei sind anhand des Praxislehrplanes Fahrübungen und Überlandfahrten durchzuführen.“

19. In § 69 Abs. 26 wird der Strichpunkt am Ende der Z 8 durch einen Punkt ersetzt und die Z 9 entfällt.

20. Nach § 69 Abs. 31 wird folgender Abs. 32 angefügt:

„(32) Im Hinblick auf die Änderungen durch die Verordnung BGBL. II Nr. 290/2014 gelten folgende Übergangsregelungen:

1. § 1, § 1b Abs. 2 erster Satz, § 1k, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 52 Abs. 10 Z 4 und Anlage 1 jeweils in der Fassung BGBL. II Nr. 290/2014 gelten nicht für Fahrzeuge, die vor in Kraft treten dieser Bestimmungen bereits genehmigt worden sind; diese müssen aber den bisherigen Vorschriften entsprechen;
2. für Fahrzeuge, deren EG-Übereinstimmungsbescheinigung die Daten gemäß der Anlage 4, Zeilen 14 bis 16, 34 und 262 bis 269 in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht der EU nicht enthalten, müssen diese Daten nicht in die Genehmigungsdatenbank eingegeben werden.“

21. Nach § 70 Abs. 15 wird folgender Abs. 16 angefügt:

„(16) Die Änderungen durch die Verordnung, BGBL. II Nr. 290/2014 treten wie folgt in Kraft:

1. § 1, § 1b Abs. 1 und 2, § 1c Abs. 2 und 2a, § 1k, § 4 Abs. 7, § 10 Abs. 8, § 19b Abs. 6, § 28, § 52 Abs. 10 Z 4, § 58 Abs. 1 Z 1 und 2, § 60a, § 64e Abs. 4 und Anlage 1, Anlage 3e, Anlage 4 und Anlage 7 jeweils in der Fassung BGBL. II Nr. 290/2014 mit Ablauf des Tages der Kundmachung der genannten Verordnung;
2. § 64b Abs. 7b in der Fassung BGBL. II Nr. 290/2014 mit 1. Dezember 2014.“

22. In der Anlage 1, Tabelle III, wird in der Spalte „gemessen nach“ der Ausdruck „97/68/EG idF 2011/88/EU Anhang III (in g/kWh)“ ersetzt durch „97/68/EG idF 2012/46/EU, Anhang III (in g/kWh)“

23. In der Anlage 3e lautet die Tabelle Teil A:

„Teil A: Rechtsakte in den Anhängen IV und XI der Richtlinie 2007/46/EG

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
0	Rahmenrichtlinie	2007/46/EG	L 263 vom 09.10.2007 S. 1	Verordnung (EU) Nr. 214/2014	L 69 vom 08.03.2014 S. 3
1	Zulässiger Geräuschpegel	Richtlinie 70/157/EWG	L 42 vom 23.02.1970 S. 16	2007/34/EG	L 155 vom 15.06.2007 S. 49
2	Emissionen leichter Nutzfahrzeuge (Euro 5 und 6) / Zugang zu Informationen	Verordnung (EG) Nr. 715/2007	L 171 vom 29.06.2007 S. 1	Verordnung (EU) Nr. 136/2014	L 43 vom 13.02.2014 S. 12
				Berichtigung	L 200 vom 31.07.2009 S. 52
	Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007	Verordnung (EG) Nr. 692/2008	L 199 vom 28.07.2008 S. 1	Verordnung (EU) Nr. 195/2013	L 65 vom 08.03.2013 S. 1
3	Kraftstoffbehälter/ Unterfahrschutz hinten	Richtlinie 70/221/EWG (1)	L 76 vom 06.04.1970 S. 23	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 2006/20/EG	L 48 vom 18.02.2006 S. 16
3A	Verhütung von Brandgefahren (Behälter für flüssigen Kraftstoff)	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 34	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 2 zu der Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 194 vom 23.07.2008 S. 14
3B	Einrichtungen für den hinteren Unterfahrschutz und ihr Anbau; hinterer Unterfahrschutz	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 58	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 232 vom 30.08.2008 S. 13
4	Anbringung hinteres Kennzeichen	Richtlinie 70/222/EWG (1)	L 76 vom 06.04.1970 S. 25	Änderung	L 73 vom 27.03.1972 S. 14

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
4A	Anbringungsstelle und Anbringung, hinteres Kennzeichen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 1003/2010	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 291 vom 09.11.2010 S. 22	Siehe Nr. 63 keine Änderung	Siehe Nr. 63
5	Lenkanlagen	Richtlinie 70/311/EWG (1)	L 133 vom 18.06.1970 S. 10	1999/7/EG	L 40 vom 13.02.1999 S. 36
				Berichtigung	L 14 vom 17.01.2008 S. 28
5A	Lenkanlagen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 79	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 3 zur Änderungsserie 01	Siehe Nr. 63 L 137 vom 27.05.2008 S. 25
6	Türverriegelungen und -scharniere	Richtlinie 70/387/EWG (1)	L 176 vom 10.08.1970 S. 5	2001/31/EG	L 130 vom 12.05.2001 S. 33
6A	Einstieg ins Fahrzeug und Manöviereigenschaften	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 130/2012	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L43 vom 16.02.2012 S. 6	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
6B	Türverschlüsse und Türaufhängungen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 11	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 2 zur Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 120 vom 13.05.2010 S. 1
7	Schallzeichen	Richtlinie 70/388/EWG (1)	L 176 vom 10.08.1970 S. 12	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 87/354/EWG	L 192 vom 11.07.1987 S. 43
7A	Vorrichtungen für Schallzeichen/Schallzeichen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 28	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 3 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 185 vom 17.07.2010 S. 1
8	Einrichtungen für indirekte Sicht	Richtlinie 2003/97/EG (1)	L 25 vom 29.01.2004 S. 1	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 2005/27/EG	L 81 vom 30.03.2005 S. 44
	Nachrüstung schwere LKW mit Spiegeln	2007/38/EG	L 184 vom 14.07.2007 S. 25	keine Änderung	
8A	Einrichtungen für indirekte Sicht und ihre Anbringung	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 46	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 4 zur Änderungsserie 02 Berichtigung 1 der	Siehe Nr. 63 L 177 vom 10.07.2010 S. 211

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
				Ergänzung 4 zur Änderungsserie 02	
9	Bremsanlagen	Richtlinie 71/320/EWG (1)	L 202 vom 06.09.1971 S. 37	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 2002/78/EG	L 267 vom 04.10.2002 S. 23
9A	Bremsen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 13	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 257 vom 30.09.2010 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 5 zu der Änderungsserie 10 Berichtigungen 1 und 2 der Revision 6 Ergänzung 3 zu der Änderungsserie 11	Siehe Nr. 63 L 297 vom 13.11.2010 S. 183
9B	Bremsen (PKW)	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 13-H	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 9 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 230 vom 31.08.2010 S. 1
10	Funkentstörung (elektromagnetische Verträglichkeit)	Richtlinie 72/245/EWG (1)	L 152 vom 06.07.1972 S. 15	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 2009/19/EG	L 70 vom 14.03.2009 S. 17
10 A	Elektromagnetische Verträglichkeit	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 10	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 116 vom 08.05.2010 S. 1
11	(leer)				
12	Innenausstattung	Richtlinie 74/60/EWG (1)	L 38 vom 11.02.1974 S. 2	2000/4/EG	L 87 vom 08.04.2000 S. 22
12 A	Innenausstattung	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 21	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 3 zur Änderungsserie 01	Siehe Nr. 63 L 188 vom 16.07.2008 S. 32
13	Diebstahlsicherung	Richtlinie 74/61/EWG (1)	L 38 vom 11.02.1974 S. 22	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 95/56/EG	L 286 vom 29.11.1995 S. 1
				Berichtigung	L 103 vom 03.04.1998 S. 38
13 A	Schutz von Kraftfahrzeugen gegen unbefugte Benutzung	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 18	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 2 zur Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 120 vom 13.05.2010 S. 29

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
13B	Schutz von Kraftfahrzeugen gegen unbefugte Benutzung	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 116	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 2 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 181
14	Lenkanlage bei Unfallstößen	Richtlinie 74/297/EWG (1)	L 165 vom 20.06.1974 S. 16	91/622/EWG Berichtigung	L 366 vom 31.12.1991 S. 1 L 172 vom 27.06.1992 S. 86
14 A	Schutz des Fahrzeufführers vor der Lenkanlage bei Unfallstößen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 12	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 3 zur Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 165 vom 26.06.2008 S. 11
15	Sitzfestigkeit	Richtlinie 74/408/EWG (1)	L 221 vom 12.08.1974 S. 1	2006/96/EG Techn. Vorschriften 2005/39/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81 L 255 vom 30.09.2005 S. 143
15 A	Sitze, ihre Verankerungen und Kopfstützen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 17	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 08	Siehe Nr. 63 L 230 vom 31.08.2010 S. 81
15B	Sitze für Kraftomnibusse	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 80	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 3 zur Änderungsserie 01 Berichtigung 1 der Änderungsserie 01	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 18
16	Außenkanten	Richtlinie 74/483/EWG (1)	L 256 vom 02.10.1974 S. 4	2007/15/EG	L 266 vom 02.10.1974 S. 4
16 A	Vorstehende Außenkanten	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 26	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 215 vom 14.08.2010 S. 27
17	Geschwindigkeitsmesser und Rückwärtsgang	Richtlinie 75/443/EWG (1)	L 196 vom 26.07.1975 S. 1	97/39/EG	L 177 vom 05.07.1997 S. 15
17 A	Einstiegs ins Fahrzeug und Manöviereigenschaften	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 130/2012	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L43 vom 16.02.2012 S. 6	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
17B	Geschwindigkeitsmessereinrichtung einschließlich ihres Ein-	Verordnung (EG) Nr. 661/2009	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63	Siehe Nr. 63

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
	baus	UN/ECE-Regelung Nr. 39		Ergänzung 5 zur Originalfassung der Regelung	L 120 vom 13.05.2010 S. 40
18	(Vorgeschriebene) Schilder	Richtlinie 76/114/EWG (1)	L 24 vom 30.01.1976 S. 1	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 87/354/EWG	L 192 vom 11.07.1987 S. 43
18 A	Gesetzlich vorgeschriebenes Fabrik-schild und Fahrzeug-Identifizierungsnummer	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 19/2011	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 8 vom 12.01.2011 S. 1	Siehe Nr. 63 Berichtigung	Siehe Nr. 63 L 146 vom 01.06.2011 S. 22
				Techn. Vorschriften (EU) Nr. 249/2012	L 82 vom 22.03.2012 S. 1
19	Gurtverankerungen	Richtlinie 76/115/EWG (1)	L 24 vom 30.01.1976 S. 6	2005/41/EG	L 255 vom 30.09.2005 S. 149
19 A	Sicherheitsgurtverankerungen, ISOFIX-Verankerungssysteme und Verankerungen für den oberen ISOFIX-Haltegurt	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 14	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 2 zur Änderungsserie 06	Siehe Nr. 63 L 321 vom 06.12.2007 S. 1
20	Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignal-einrichtungen	Richtlinie 76/756/EWG (1)	L 262 vom 27.09.1976 S. 1	2008/89/EG	L 257 vom 25.09.2008 S. 14
20 A	Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignal-einrichtungen an Kraft-fahrzeugen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 48	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 04	Siehe Nr. 63 L 135 vom 23.05.2008 S. 1
21	Rückstrahler	Richtlinie 76/757/EWG (1)	L 262 vom 27.09.1976 S. 32	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften	L 203 vom 30.07.1997 S. 39
				Berichtigung	L 15 vom 21.01.1998 S. 49
21 A	Retroreflektierende Einrichtungen für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 3	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 10 zur Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 31 vom 31.01.2009 S. 1
22	Umriss-, Begren-zungs-, Schluss-, Tag-fahr-, Brems- und Seitenmarkierungs-leuchten	Richtlinie 76/758/EWG (1)	L 262 vom 27.09.1976 S. 54	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 97/30/EG	L 171 vom 30.06.1997 S. 25
				Techn. Vorschriften	L 203 vom 30.07.1997 S. 55
				Berichtigung	L 15 vom 21.01.1998 S. 47

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
22 A	Begrenzungsleuchten, Schlussleuchten, Bremsleuchten und Umrissleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 7	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 16 zur Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 148 vom 12.06.2010 S. 1
22B	Tagfahrlicht für Kraftfahrzeuge	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 87	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 14 zur Originalfassung der Regelung Berichtigung 1 der Revision 2	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 46.
22C	Seitenmarkierungsleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 91	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 11 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 69.
23	Fahrtrichtungsanzeiger	Richtlinie 76/759/EWG (1)	L 262 vom 27.09.1976 S. 71	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 1999/15/EG	L 97 vom 12.4.1999 S. 14
				Berichtigung	L 125 vom 19.05.1999 S. 42
23 A	Fahrtrichtungsanzeiger für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 6	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 19 zur Änderungsserie 01	Siehe Nr. 63 L 177 vom 10.07.2010 S. 40
24	Hintere Kennzeichenbeleuchtung	Richtlinie 76/760/EWG (1)	L 262 vom 27.09.1976 S. 85	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 97/31/EG	L 171 vom 30.06.1997 S. 49
				Techn. Vorschriften	L 203 vom 30.07.1997 S. 74
				Berichtigung	L 15 vom 21.01.1998 S. 48
24 A	Beleuchtungseinrichtungen für das hintere Kennzeichenschild von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 4	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 14 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 31 vom 31.01.2009 S. 35
25	Scheinwerfer (einschließlich Glühlampen)	Richtlinie 76/761/EWG (1)	L 262 vom 27.09.1976 S. 96	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 1999/17/EG	L 97 vom 12.04.1999 S. 45
25 A	Sealed-Beam-Halogencheinwerferreinheit (HSB) für Kraftfahrzeuge für	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 7 zur	Siehe Nr. 63 L 185 vom

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
	asymmetrisches Abblendlicht und/oder Fernlicht	Regelung Nr. 31		Änderungsserie 02	17.07.2010 S. 15
25B	Glühlampen zur Verwendung in genehmigten Scheinwerfern und Leuchten von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 37	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 34 zur Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 297 vom 13.11.2010 S. 1
25C	Kfz-Scheinwerfer mit Gasentladungslichtquellen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 98	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 13 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 92
25D	Gasentladungslichtquellen für genehmigte Gasentladungsleuchteinheiten in Kraftfahrzeugen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 99	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 5 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 151
25E	Kraftfahrzeugscheinwerfer für asymmetrisches Abblendlicht und/oder Fernlicht, die mit Glühlampen und/oder LED- Modulen ausgerüstet sind	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 112	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 12 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 230 vom 31.08.2010 S. 264
25F	Adaptive Front- Beleuchtungssysteme für Kraftfahrzeuge	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 123	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 4 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 222 vom 24.08.2010 S. 1
26	Nebelscheinwerfer	Richtlinie 76/762/EWG (1)	L 262 vom 27.09.1976 S. 122	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 1999/18/EG	L 97 vom 12.04.1999 S. 82
				Berichtigung	L 125 vom 19.05.1999 S. 42
26A	Nebelscheinwerfer für Kraftfahrzeuge	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 19	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 2 zur Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 177 vom 10.07.2010 S. 113
27	Abschleppeinrichtung	Richtlinie 77/389/EWG (1)	L 145 vom 13.06.1977 S. 41	96/64/EG	L 258 vom 11.10.1996 S. 26
27A	Abschleppeinrichtung	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 1005/2010	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 291 vom 09.11.2010 S. 36	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
28	Nebelschlussleuchten	Richtlinie	L 220 vom	2006/96/EG	L 363 vom

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
		77/538/EWG (1)	29.08.1977 S. 60		20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 1999/14/EG	L 97 vom 12.04.1999 S. 1
				Techn. Vorschriften	L 170 vom 25.06.2001 S. 91
28 A	Nebelschlussleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 38	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 14 zur Originalfassung der Regelung Berichtigung 1 der Ergänzung 12	Siehe Nr. 63 L 148 vom 12.06.2010 S. 55
29	Rückfahrscheinwerfer	Richtlinie 77/539/EWG (1)	L 220 vom 29.08.1977 S. 72	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 97/32/EG	L 171 vom 30.06.1997 S. 63
				Techn. Vorschriften	L 203 vom 30.7.1997, S 79
29 A	Rückfahrscheinwerfer für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 23	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 15 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 148 vom 12.06.2010 S. 34
30	Parkleuchten	Richtlinie 77/540/EWG (1)	L 220 vom 29.08.1977 S. 83	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 1999/16/EG	L 97 vom 12.04.1999 S. 33
				Techn. Vorschriften	L 131 vom 14.5.2001, S 168
30 A	Parkleuchten für Kraftfahrzeuge	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 77	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 12 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 130 vom 28.05.2010 S. 1
31	Rückhaltesysteme und Rückhalte-einrichtungen	Richtlinie 77/541/EWG (1)	L 220 vom 29.08.1977 S. 95	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 2005/40/EG	L 255 vom 30.09.2005 S. 146
31 A	Sicherheitsgurte, Rückhaltesysteme, Kinder-Rückhaltesysteme und ISOFIX-Kinder-Rückhaltesysteme	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 16	L 200 vom 31.07.2009 S 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 17 zur Änderungsserie 04	Siehe Nr. 63 L 313 vom 30.11.2007 S. 58
32	Sichtfeld	Richtlinie 77/649/EWG (1)	L 267 vom 19.10.1977 S. 1	90/630/EG	L 341 vom 06.12.1990 S. 20
32 A	Sichtfeld des Fahrzeugführers nach vorn	Verordnung (EG)	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63	Siehe Nr. 63

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
		Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 125		Ergänzung 2 zur Originalfassung der Regelung	L 200 vom 31.07.2010 S. 38
33	Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen, Warn- und Kontrollleuchten	Richtlinie 78/316/EWG (1)	L 81 vom 28.03.1978 S. 3	94/53/EG	L 299 vom 22.11.1994 S. 26
33 A	Anordnung und Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen, Kontrollleuchten und Anzeiger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 121	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 3 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 177 vom 10.07.2010 S. 290
34	Entfrostung/Trocknung	Richtlinie 78/317/EWG (1)	L 81 vom 28.03.1978 S. 27	Berichtigung	L 194 vom 19.07.1978 S. 30
34 A	Entfrostungs- und Trocknungsanlagen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 672/2010	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 196 vom 28.07.2010 S. 5	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
35	Scheibenwischer/-wascher	Richtlinie 78/318/EWG (1)	L 81 vom 28.03.1978 S. 49	2006/96/EG Techn. Vorschriften 94/68/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81 L 354 vom 31.12.1994 S. 1
35 A	Windschutzscheibenwaschanlagen und Windschutzscheibenwaschanlagen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 1008/2010	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 292 vom 10.11.2010 S. 2	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
36	Heizung	Richtlinie 2001/56/EG (1)	L 292 vom 09.11.2001 S. 21	2006/96/EG Techn. Vorschriften 2006/119/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81 L 363 vom 20.12.2006 S. 81
36 A	Heizungssysteme	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 122	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 231
37	Radabdeckung	Richtlinie 78/549/EWG (1)	L 168 vom 26.06.1978 S. 45	94/78/EG	L 354 vom 31.12.1994 S. 10
37 A	Radabdeckung	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 1009/2010	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 292 vom 10.11.2010 S. 21	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
38	Kopfstützen	Richtlinie 78/932/EWG (1)	L 325 vom 20.11.1978 S. 1	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
				Techn. Vorschriften 87/354/EWG	L 192 vom 11.07.1987 S. 43
38 A	In Fahrzeugsitze einbezogene und nicht einbezogene Kopfstützen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 25	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsreihe 04 Berichtigung 2 der Revision 1.	Siehe Nr. 63 L 215 vom 14.08.2010 S. 1
39	(leer)				
40	(leer)				
41	(leer)				
41 A	Emissionen (Euro VI) schwerer Nutzfahrzeuge / Zugang zu Informationen	Verordnung (EG) Nr. 595/2009	L 188 vom 18.07.2009 S. 1	Berichtigung	L 200 vom 31.07.2009 S. 52
				Verordnung (EU) Nr. 133/2014	L 47 vom 18.02.2014 S. 1
	Durchführung	Verordnung (EG) Nr. 582/2011	L 167 vom 25.06.2011 S. 1	Verordnung (EU) Nr. 133/2014	L 47 vom 18.02.2014 S. 1
42	Seitliche Schutzvorrichtungen	Richtlinie 89/297/EWG (1)	L 124 vom 05.05.1989 S. 1	keine Änderung	
42 A	Seitenschutz von Lastkraftwagen, Anhängern und Sattelanhängern	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 73	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 120 vom 13.05.2010 S. 49
43	Spritzschutzsystem	Richtlinie 91/226/EWG (1)	L 103 vom 23.04.1991 S. 5	2006/96/EG	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
				Techn. Vorschriften 2010/19/EU	L 72 vom 20.03.2010 S. 17
				Berichtigung	L 185 vom 15.07.2011 S. 76
43 A	Spritzschutzsysteme	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 109/2011	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63	Siehe Nr. 63
			L 34 vom 09.02.2011 S. 2	Berichtigung	L 234 vom 10.09.2011 S. 48
44	Massen und Abmessungen (Pkw)	Richtlinie 92/21/EWG (1)	L 129 vom 14.05.1992 S. 1	95/48/EG	L 233 vom 30.09.1995 S. 73
				Berichtigung	L 252 vom 20.10.1995 S. 27
				Berichtigung	L 304 vom 16.12.1995 S. 60
44 A	Massen und Abmessungen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 1230/2012	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 353 vom 21.12.2012 S. 31	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
45	Sicherheitsglas	Richtlinie 92/22/EWG (1)	L 129 vom 14.05.1992 S. 11	2001/92/EG	L 291 vom 08.11.2001 S. 24

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
45 A	Sicherheitsglas	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 43	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 12 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 230 vom 31.08.2010 S. 119
46	Reifen	Richtlinie 92/23/EWG (2)	L 129 vom 14.05.1992 S. 95	2005/11/EG	L 46 vom 17.02.2005 S. 42
46 A	Montage von Reifen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 458/2011	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 124 vom 13.05.2011 S. 11	Siehe Nr. 63	Siehe Nr. 63
46B	Luftreifen für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger (Klasse C1)	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 30	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 201 vom 30.07.2008 S. 70	Siehe Nr. 63 Ergänzung 16 zu der Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 307 vom 23.11.2011 S. 1
46C	Luftreifen für Nutzfahrzeuge und ihre Anhänger (Klassen C2 und C3)	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 54	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 183 vom 11.07.2008 S. 41	Siehe Nr. 63 Ergänzung 17 zu der Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 307 vom 23.11.2011 S. 2
46 D	Reifen: Rollgeräuschemissionen, Haftung auf nassen Oberflächen und Rollwiderstand (Klassen C1, C2 und C3)	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 117	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 307 vom 23.11.2011 S. 3
46E	Komplettnotrad, Notlaufreifen/Notlaufsystem und Reifendrucküberwachungssystem	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 64	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 02, Berichtigung 1	Siehe Nr. 63 L 310 vom 26.11.2010 S. 18
47	Geschwindigkeitsbegrenzungseinrichtungen	Richtlinie 92/24/EWG (1)	L 129 vom 14.05.1992 S. 154	2004/11/EG	L 44 vom 14.2.2004 S. 19
47 A	Geschwindigkeitsbegrenzungseinrichtungen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 89	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 158 vom 19.06.2007 S. 1
48	Massen und Abmessungen (außer Pkw der Nr. 44)	Richtlinie 97/27/EG (1)	L 233 vom 28.08.1997 S. 1	2003/19/EG	L 79 vom 26.03.2003 S. 6
				Berichtigung	L 125 vom 21.05.2003 S. 14
48 A	Massen und Abmessungen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 353 vom	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
		(EU) Nr. 1230/2012	21.12.2012 S. 31		
49	Führerhaus-Außenkanten	Richtlinie 92/114/EWG (1)	L 409 vom 31.12.1992 S. 17	keine Änderung	
49 A	Außen vorstehende Teile vor der Führerhausrückwand von Nutzfahrzeugen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 61	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 164 vom 30.06.2010 S. 1
50	Verbindungseinrichtungen	Richtlinie 94/20/EG (1)	L 195 vom 29.07.1994 S. 1	2006/96/EG Techn. Vorschriften keine Änderung	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
50 A	Mechanische Verbindungseinrichtungen für Fahrzeugkombinationen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 55	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zu der Änderungsserie 01	Siehe Nr. 63 L 227 vom 28.08.2010 S. 1
50B	Kurzkupplungseinrichtung; Anbau eines genehmigten Typs einer Kurzkupplungseinrichtung	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 102	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 351 vom 30.12.2008 S. 44
51	Brennverhalten	Richtlinie 95/28/EG (1)	L 281 vom 23.11.1995 S. 1	2006/96/EG Techn. Vorschriften keine Änderung	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
51 A	Brennverhalten von Werkstoffen der Innenausstattung bestimmter Kraftfahrzeugklassen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 118	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 177 vom 10.07.2010 S. 263
52	Kraftomnibusse	Richtlinie 2001/85/EG (1)	L 42 vom 13.02.2002 S. 1	2006/96/EG Berichtigung Techn. Vorschriften keine Änderung	L 363 vom 20.12.2006 S. 81 L 125 vom 21.05.2003 S. 14
52 A	Fahrzeuge der Klassen M2 und M3	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 107	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 03	Siehe Nr. 63 L 255 vom 29.09.2010 S. 1
52B	Festigkeit des Aufbaus von Kraftomnibussen	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 66	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 84 vom 30.03.2011 S. 1
53	Frontalaufprall	Richtlinie	L 18 vom	1999/98/EG	

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
		96/79/EG (1)	21.01.1997 S. 7		
53 A	Schutz der Insassen bei einem Frontalaufprall	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 94	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 3 zur Änderungsserie 01 Berichtigung 2 der Änderungsserie 01 Berichtigung 1 der Revision 1	Siehe Nr. 63 L 130 vom 28.05.2010 S. 50
54	Seitenaufprall	Richtlinie 96/27/EG (1)	L 169 vom 08.07.1996 S. 1	Berichtigung	L 102 vom 19.04.1997 S. 46
54 A	Schutz der Insassen bei einem Seitenaufprall	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 95	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Änderungsserie 02	Siehe Nr. 63 L 313 vom 30.11.2007 S. 1
55	(leer)				
56	Fahrzeuge zur Beförderung gefährlicher Güter	Richtlinie 98/91/EG (1)	L 11 vom 16.01.1999 S. 25	keine Änderung	
56 A	Fahrzeuge für die Beförderung gefährlicher Güter	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 105	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Änderungsserie 04	Siehe Nr. 63 ABl. L 230 vom 31.08.2010 S. 253
57	Vorderer Unterfahrschutz	Richtlinie 2000/40/EG (1)	L 203 vom 10.08.2000 S. 9	2006/96/EG Techn. Vorschriften keine Änderung	L 363 vom 20.12.2006 S. 81
57 A	Einrichtungen für den vorderen Unterfahrschutz und ihr Anbau; vorderer Unterfahrschutz	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 93	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 185 vom 17.07.2010 S. 56
58	Fußgängerschutz	Verordnung (EG) Nr. 78/2009	L 35 vom v. 04.02.2009 S. 1	keine Änderung	
	Durchführung	Verordnung (EG) Nr. 631/2009	L 195 vom 25.07.2009 S. 1	Verordnung (EU) Nr. 459/2011 Berichtigung	L 124 vom 13.05.2011 S. 21 L 229 vom 06.09.2011 S. 16
59	Recyclingfähigkeit	Richtlinie 2005/64/EG	L 310 vom 25.11.2005 S. 10	2009/1/EG	L 9 vom 14.01.2009 S. 31
60	(leer)				
61	Klimaanlagen	Richtlinie 2006/40/EG	L 161 vom 14.06.2006 S. 12	VO (EG) 706/2007 Personalausbildung VO (EG) 307/2008	L 161 vom 22.06.2007 S. 33 L 92 vom 03.04.2008 S. 25
62	Wasserstoffsystem	Verordnung	L 35 vom	Durchführung Ver-	L 122 vom

Nr.	Genehmigungsgegenstand	Nummer des Rechtsakts	Fundstelle im Amtsblatt der EG / EU	Zuletzt geändert durch Rechtsakt Nummer	Fundstelle im Amtsblatt der EG /EU
		(EG) Nr. 79/2009	04.02.2009 S. 32	ordnung (EU) Nr. 406/2010	18.05.2010 S. 1
63	Allgemeine Sicherheit	Verordnung (EG) Nr. 661/2009	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Verordnung (EU) Nr. 523/2012	L 160 vom 21.06.2012 S. 8
64	Gangwechselanzeiger	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 65/2012	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 28 vom 31.01.2012 S. 24	Siehe Nr. 63 keine Änderung	Siehe Nr. 63
65	Notbrems-Assistenzsystem	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 347/2012	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 109 vom 21.04.2012 S. 1	Siehe Nr. 63 Keine Änderung	Siehe Nr. 63
66	Spurhaltewarnsystem	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 Verordnung (EU) Nr. 351/2012	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L110 vom 24.04.2012 S. 18	Siehe Nr. 63 Berichtigung	Siehe Nr. 63 L 121 vom 08.05.2012 S. 44
67	Spezielle Ausrüstung für Kraftfahrzeuge, in deren Antriebsystem verflüssigte Gase verwendet werden, und deren Einbau	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 67	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 7 zur Änderungsserie 01	Siehe Nr. 63 L 72 vom 14.03.2008 S. 1
68	Fahrzeug-Alarmsysteme	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 97	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Revision 1 – Änderung 1	Siehe Nr. 63 L 351 vom 30.12.2008 S. 1
69	Elektrische Sicherheit	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 100	L 200 vom 31.07.2009 S. 1 L 45 vom 14.02.2009 S. 17	Siehe Nr. 63 Ergänzung 1 zur Originalfassung der Regelung Änderungsserie 01	Siehe Nr. 63 L 57 vom 02.03.2011 S. 54
70	Spezielle Bauteile von Kraftfahrzeugen, in deren Antriebsystem komprimiertes Erdgas (CNG) verwendet wird, und deren Einbau	Verordnung (EG) Nr. 661/2009 UN/ECE-Regelung Nr. 110	L 200 vom 31.07.2009 S. 1	Siehe Nr. 63 Ergänzung 6 zur Originalfassung der Regelung	Siehe Nr. 63 L 72 vom 14.03.2008 S. 113

(1) Aufgehoben zum 1.11.2014 durch Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 661/2009

(2) Aufgehoben zum 1.11.2017 durch Artikel 19 der Verordnung (EG) Nr. 661/2009“

24. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil B die Zeile 0:

„0	Rahmenrichtlinie	2007/46/EG	L 263 vom 09.10.2007 S. 1	Richtlinie 2013/60/EU	L 329 vom 10.12.2013 S. 15“
----	------------------	------------	---------------------------	-----------------------	-----------------------------

25. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil B die Zeile 28:

„28	Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft	97/24/EG (Kapitel 5)	L 226 vom 18.08.1997 S. 1	2013/60/EU	L 329 vom 10.12.2013 S. 15“
-----	---	----------------------	---------------------------	------------	-----------------------------

26. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil B die Zeile 29:

„29	Reifen	97/24/EG (Kapitel 1)	L 226 vom 18.08.1997 S. 1	2013/60/EU	L 329 vom 10.12.2013 S. 15“
-----	--------	----------------------	---------------------------	------------	-----------------------------

27. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil B die Zeile 32:

„	Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignalanlagen am Fahrzeug	2009/67/EG	L 222 vom 25.08.2009 S. 1	2013/60/EU	L 329 vom 10.12.2013 S. 15“
---	--	------------	---------------------------	------------	-----------------------------

28. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil B die Zeile 37:

„37	Zulässiger Geräuschpegel und Auspuffanlage	97/24/EG (Kapitel 9)	L 226 vom 18.08.1997 S.1	2013/60/EU	L 329 vom 10.12.2013 S. 15“
-----	--	----------------------	--------------------------	------------	-----------------------------

29. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil B die Zeile 38:

„38	Rückspiegel	97/24/EG (Kapitel 4)	L 226 vom 18.08.1997 S. 1	2013/60/EG	L 329 vom 10.12.2013 S. 15“
-----	-------------	----------------------	---------------------------	------------	-----------------------------

30. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil B die Zeile 44:

„44	Verankerung der Sicherheitsgurte und Sicherheitsgurte	97/24/EG (Kapitel 11)	L 226 vom 18.08.1997 S. 1	2013/60/EG	L 329 vom 10.12.2013 S. 15“
-----	---	-----------------------	---------------------------	------------	-----------------------------

31. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil C die Zeile 0:

„0	Rahmenrichtlinie	2003/37/EG	L 171 vom 09.07.2003 S. 1	2014/44/EU (Inkrafttreten ab dem 1.1.2015)	L 82 vom 20.03.2014 S. 20“
----	------------------	------------	---------------------------	--	----------------------------

32. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil C die Zeile 18.1:

„18.1	Zapfwellen	86/297/EWG	L 186 vom 08.07.1986 S. 19	97/54/EG	L 277 vom 10.10.1997 S. 24
				2012/24/EU	L 274 vom 09.10.2012 S. 24“

33. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil C die Zeile 22.5:

„22.5	Mechanische Verbindungseinrichtungen	2009/144/EG IV (kodifizierte Fassung)	L 27 vom 30.01.2010 S. 33	2013/8/EU	L 56 vom 28.02.2013 S. 8“
-------	--------------------------------------	--	---------------------------	-----------	---------------------------

34. In der Anlage 3e lautet in der Tabelle Teil C die Zeile 23.1:

„23.1	Schadstoffemissionen	2000/25/EG	L 173 vom 12.07.2000 S. 1	2010/22/EU	L 91 vom 10.04.2010 S. 1
				techn. Vorschriften 2014/43/EU (Inkrafttreten ab dem 1.1.2015)	L 82 vom 20.03.2014 S. 12
				Änderung Flexibilitätssystem 2011/72/EU Berichtigung	L 246 vom 23.09.2011 S. 1 L 254 vom 30.09.2011 S. 22

				Änderung Schmal- spurzugmaschinen 2011/87/EU	L 301 vom 18.11.2011 S. 1“
--	--	--	--	--	----------------------------------

35. Anlage 4 Zeilen 14 bis 16 lauten:

„14					0.5. 1			0.6	0.6	0.6			Hersteller Basisfahrzeug Name und Adresse		Klassen T, C, R und S: bei Mehrstufengenehmigungen. Verpflichtend für vervollständigte Fahrzeuge der Klasse N 1 im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (auch bei Einzelgenehmigung als letzte Genehmigungsstufe). Bei allen anderen Fahrzeugen der Klassen M, N und O fakultative Angabe
15					0.2. 2.			0.6	0.6	0.6			Typgenehmigungsnummer Basisfahrzeug		Klassen T, C, R und S: bei Mehrstufengenehmigungen. Verpflichtend für vervollständigte Fahrzeuge der Klasse N 1 im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (auch bei Einzelgenehmigung als letzte Genehmigungsstufe). Bei allen anderen Fahrzeugen der Klassen M, N und O fakultative Angabe
16								0.6	0.6	0.6			Datum Typgenehmigung Basisfahrzeug		Klassen T, C, R und S: bei Mehrstufengenehmigungen. Bei allen anderen Fahrzeugen der Klassen M, N und O fakultative Angabe“

36. Anlage 4 Zeile 34 lautet:

„34		13	13	13	13	12. 1	2.1. 1	2.1. 1	2.1. 1	2.1. 1	x	Masse in fahrbereitem Zustand (T, C, R und S: Leermasse in fahrbereitem Zustand)	kg	TB, EG“
-----	--	----	----	----	----	----------	-----------	-----------	-----------	-----------	---	--	----	---------

37. In Anlage 4 werden in der Tabelle für die zulassungsrelevanten Daten nach der Zeile 260 folgende Zeilen angefügt:

„261	zusätzliche Daten der Übereinstimmungsbescheinigung nach VO (EU) Nr. 1230/2012, 143/2013 und 195/2013														
262					0.2. 2								Type des Basisfahrzeugs		Verpflichtend für vervollständigte Fahrzeuge der Klasse N 1 im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (auch bei Einzelgenehmigung als letzte Genehmigungsstufe). Bei allen anderen Fahrzeugen der Klassen M, N und O fakultative Angabe
263					0.2. 2								Variante des Basisfahrzeugs		Verpflichtend für vervollständigte Fahrzeuge der Klasse N 1 im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (auch bei Einzelgenehmigung als letzte Genehmigungsstufe). Bei allen anderen Fahrzeugen der Klassen M, N und O fakultative Angabe

264				0.2. 2							Version des Basisfahrzeugs		Verpflichtend für vervollständigte Fahrzeuge der Klasse N 1 im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (auch bei Einzelgenehmigung als letzte Genehmigungsstufe). Bei allen anderen Fahrzeugen der Klassen M, N und O fakultative Angabe
265				14							Masse des Basisfahrzeugs in fahrbereitem Zustand	kg	Verpflichtend für vervollständigte Fahrzeuge der Klasse N 1 im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 (auch bei Einzelgenehmigung als letzte Genehmigungsstufe).
266		49. 3		49. 3							Fahrzeug mit Ökoinnovation(en) ausgestattet: ja/nein		Bei Fahrzeugen im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007
267		49. 3.1.		49. 3.1.							Allgemeiner Code der Ökoinnovation(en)		Wenn zutreffend, bei Fahrzeugen im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007, gemäß den Erläuterungen in Anhang IX der Richtlinie 2007/46/EG
268		49. 3.2		49. 3.2							Gesamteinsparungen von CO ₂ -Emissionen durch die Ökoinnovation(en)	g/km	Wenn zutreffend, bei Fahrzeugen im Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 715/2007, gemäß den Erläuterungen in Anhang IX der Richtlinie 2007/46/EG
269		13. 2	13. 2	13. 2	13. 2						Tatsächliche Masse des Fahrzeugs	Kg ⁴⁴	

38. Nach Anlage 5e wird folgende Anlage 7 eingefügt:

„Anlage 7

(zu § 28)

BEGEHUNG EINES VERKEHRSDELIKTES IN ÖSTERREICH

Begehung eines Verkehrsdelikts in Österreich;

Zahlungsaufforderung; Informationsschreiben gemäß EU-Richtlinie 2011/82/EU;

Am [Datum der Übertretung] wurde in Österreich durch den Lenker des Fahrzeuges mit dem Kennzeichen [Kennzeichen] ein die Straßenverkehrssicherheit gefährdendes Verkehrsdelikt im Sinne des Artikel 2 der EU-Richtlinie 2011/82/EU (Bezeichnung des Verkehrsdelikts gemäß Artikel 2 RL 2011/82/EU) begangen.

Sie sind als Fahrzeughalter des genannten Fahrzeugs zum Zeitpunkt der Begehung des Verkehrsdelikts registriert.

Die Geldstrafe für dieses Verkehrsdelikt beträgt €... und ist innerhalb von 4 Wochen ab Ausfertigung dieses Schreibens einzuzahlen.

Hinweis: Im Falle einer fristgerechten Bezahlung der Geldstrafe wird weder gegen Sie noch gegen den tatsächlichen Fahrzeuglenker ein Strafverfahren eingeleitet. Das Verkehrsdelikt wird nicht weiterverfolgt, es erfolgt auch keine Verständigung anderer Behörden. Solange der Lenker unbekannt ist, können zum gegenständlichen Verkehrsdelikt nur die im Abschnitt B angeführten Informationen erteilt werden.

A. Zahlungshinweise/Bekanntgabe des Fahrzeuglenkers:

1. Strafbetrag: €....
2. IBAN: ...
3. BIC: ...
4. Identifikationsnummer: ...
5. Zahlungsfrist: innerhalb von 4 Wochen ab Ausfertigung dieses Schreibens

Um von der Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens absehen zu können, ist bei der Bezahlung der Geldstrafe unbedingt die Identifikationsnummer anzuführen.

Bei Nichtbezahlung der Geldstrafe sind Sie als Fahrzeughalter verpflichtet, der angeführten Behörde schriftlich innerhalb von 2 Wochen ab Zustellung dieses Schreibens den Fahrzeuglenker mit dem beiliegenden Antwortformular (Abschnitt C) bekanntzugeben (Bekanntgabe des Fahrzeuglenkers).

Können Sie den Fahrzeuglenker nicht bekannt geben, so sind Sie verpflichtet, die Person zu benennen, die den Fahrzeuglenker bekannt geben kann (Bekanntgabe der auskunftspflichtigen Person).

Es wird darauf hingewiesen, dass das Nichterteilen sowie das Erteilen einer unrichtigen oder unvollständigen Auskunft als Verwaltungsübertretung gemäß § 103 Abs. 2 i.V.m. § 134 Abs. 1 des österreichischen Kraftfahrzeuggesetzes (KFG) mit bis zu €5.000,- bestraft wird.

Gegen die Zahlungsaufforderung bzw. gegen die Aufforderung zur Bekanntgabe des Fahrzeuglenkers (bzw. der auskunftspflichtigen Person) ist kein Rechtsmittel zulässig.

B. Detailangaben zum Verkehrsdelikt:

a) Angaben zum Delikt:

- Ort: ...
- Datum,Uhrzeit: ...
- Art und rechtliche Einstufung des Verkehrsdeliktes: [Bezeichnung gem. Artikel 2 RL 2011/82/EU; Amtsblatt der EU 288/12 vom 5.11.2011]
- Österreichische Rechtsvorschriften: [...]
- Beschreibung des Verkehrsdeliktes: [...]
- Zulässige Geschwindigkeit: ...
- Gemessene Geschwindigkeitsüberschreitung (nach Abzug der Messtoleranz): << ... km/h >>
- Beweismittel: Anzeige der Polizei

b) Angaben zum Fahrzeug:

- Kennzeichen: [...]
- Land der Zulassung/Internationales Unterscheidungskennzeichen: ..

Hinweise:

- Bei Nichtbezahlung der Geldstrafe senden Sie bitte das beiliegende Formular richtig, vollständig und leserlich ausgefüllt innerhalb von 2 Wochen an die angeführte Behörde.
- Bitte beachten Sie, dass im Verkehr mit österreichischen Behörden die deutsche Sprache zu verwenden ist.

C. Antwortformular

(falls die Geldstrafe nicht bezahlt wird)

Absender:

[Name]

Geburtsdatum: ...

[Adresse]

An:

[Bezeichnung der Behörde]

[Adresse]

Begehung eines Verkehrsdeliktes in Österreich:

Bekanntgabe des Fahrzeuglenkers oder der auskunftspflichtigen Person

Geschäftszahl: ...

Als Halter des Kraftfahrzeuges, (Kennzeichen: ...) gebe ich bekannt, dass:

folgende Person das Fahrzeug gelenkt hat (Bekanntgabe des Fahrzeuglenkers):

Herr Frau:

Familienname: ...

Vorname: ...

geboren am: ...

wohnhaft in (genaue Anschrift):

Postleitzahl: ...

Ort: ...

Straße: ...

Hausnummer: ...

Türnummer: ...

Hinweis: Sollte Ihnen die Person, die das Fahrzeug gelenkt oder verwendet hat, nicht bekannt sein, so füllen Sie bitte den nachstehenden Punkt aus.

folgende Person den Fahrzeuglenker benennen kann (Bekanntgabe der auskunftspflichtigen Person):

Herr Frau:

Familienname: ...

Vorname: ...

geboren am: ...

wohnhaft in (genaue Anschrift):

Postleitzahl: ...

Ort: ...

Straße: ...

Hausnummer: ...

Türnummer: ...

.....
Ort, Datum, Unterschrift des Fahrzeughalters

Hinweise:

- 1. Bitte senden Sie das richtig, vollständig und leserlich ausgefüllte und unterfertigte Antwortformular innerhalb von 2 Wochen an die angeführte Behörde.*
- 2. Es wird darauf hingewiesen, dass das Nichterteilen sowie das Erteilen einer unrichtigen oder unvollständigen Auskunft gemäß § 103 Abs. 2 i.V.m. § 134 Abs. 1 KFG (österreichisches Kraftfahrzeuggesetz) mit bis zu € 5.000,- bestraft wird.“*

Stöger